

# Schröder oder Stoiber, Jacke wie Hose?

In wirtschaftlichen Krisenzeiten und vor Wahlen haben wenigstens die Meinungsforschungsinstitute Konjunktur. Häufig wird das Volk in diesen Tagen befragt. Tief wird das Stimmungsthermometer (siehe Kasten auf S. 2) in den Af-fer der „öffentlichen Meinung“ gesteckt. Es soll schließlich herausgefunden werden, ob wir schon genügend weich geklopft sind, um einen Stoiber nicht nur zu erdulden, sondern sogar nach ihm zu rufen.

Um die Frage zu beantworten, wie es tatsächlich bestellt, um die Republik im Sommer 2002, lohnt es sich weniger auf die gemachten „Stimmungen“ zu schielen, sondern die Interessen der verschiedenen Klassen und ihrer Repräsentanten an der Septemberwahl etwas genauer zu untersuchen.

## Die Interessen des Kapitals

Für die Konzernherren ist eine Regierung nichts anderes als ein geschäftsführender Ausschuss, vergleichbar einem Aufsichtsrat oder einem Vorstand im Konzern. Und ähnlich wie ein Vorstand oder Aufsichtsrat von den Milliardären entsprechend der Profitauspressung bezahlt wird, genauso bezahlt werden die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses, genannt Bundesregierung. Die zahlreichen Spenden- und Schmiergeldaffären sind dabei unvermeidliche Begleiterscheinungen, solange das „Geld regiert“. So ist es Ausdruck der Fäulnis und Verkommenheit dieser Gesellschaftsordnung, dass auf dem Gebiet der Korruption Wachstumsraten erreicht werden, wie sonst auf keinem anderen Gebiet. Allein von 2000 auf 2001 nahm die Bestechlichkeit (offiziell) um 90% zu. Die „Saubermänner“ und „starken Männer“ in Zeiten des Kapitalismus zeichnet dabei nur aus, dass sie die Korruption keineswegs beseitigen, dafür aber ihre Vertuschung vervollkommen.

Solange das Kapital sicher ist und seine Herrschaft nicht offen in Frage gestellt und angegriffen wird, so lange bestimmt es, welche Parteien die Regierungsgeschäfte ausüben bzw. geeignet sind, Maximales aus dem „Volk“<sup>1</sup> herauszuholen. Darüber gilt es sich keine Illusionen zu machen. Solange wir

uns gefallen lassen, so regiert zu werden, solange entscheidet das Kapital, ob Stoiber und die faschistische Sammlungsbewegung die Regierungsgeschäfte übernimmt oder ob noch einmal die Regierung Schröder (dessen Partei ja einmal – lang‘ ist’s her – die höchste Errungenschaft der Arbeiterklasse war, deshalb dem Volk näher steht und dadurch dem Kapital allemal suspekter und eben nur bedingt brauchbar), weiter machen darf. Nur tut sich „das“ Kapital in solchen Fragen außerordentlich schwer. Es fällt den armen Brüdern, den Großkonzernen und Finanzimperien, ja schon schwer genug, ihre eigenen Läden zu regieren und rentabel zu halten. Immer wieder macht ihnen Krise, Börsenstürze und Konkurrenz das Leben schwer. Und jetzt sollen die Herren von Bank und Versicherung, von Stahl, Chemie, Elektro, Energie, Automobil auch noch entscheiden, ob Stoiber oder Schröder, ob Betrug im Gewande der Sozialpartnerschaft weiterregieren soll oder ob die Zeit schon reif ist für offen deutsch-nationale Drohung an die Werktätigen im eigenen Land und

die Völker in Europa und der Welt. Und weil das Kapital in dieser Frage notgedrungen „eiert“, führen auch der Kanzler und der Kandidat die entsprechenden Eiertänze auf. Dabei geht es aber immer nur um eins, um den Profit und um dessen Verschleierung.

### Hat der Mohr seine Schuldigkeit getan?

Die Frage ob und inwieweit sich das Monopolkapital einer weiteren Periode der Dienste einer sozialdemokratischen Regierung bedienen möchte oder nicht, ist durch die Kapitalseite noch nicht eindeutig entschieden,

was u.a. aus diversen Äußerungen verschiedener Repräsentanten des Kapitals hervorgeht. Auf die Frage, ob der Leidensdruck in der Gesellschaft noch viel stärker werden muss, bevor die Dinge in Bewegung geraten, antwortete der vor Kurzem als Vorstandschef der Deutschen Bank zurückgetretene Breuer: „Nicht unbedingt, noch haben wir die Möglichkeit, Reformen sozialverträglich umzusetzen und nicht mit dem Holzhammer... Man kommt um Einschnitte im Sozialsystem sicherlich nicht herum. Das soziale Netz



„Solange die unterdrückte Klasse, also in unserem Falle das Proletariat, noch nicht reif ist zu seiner Selbstbefreiung, solange wird sie, der Mehrzahl nach, die bestehende Gesellschaftsordnung als die einzig mögliche erkennen und politisch der Schwanz der Kapitalistenklasse, ihr äußerster linker Flügel sein. In dem Maß aber, worin sie ihrer Selbstemanzipation entgegenreift, in dem Maß konstituiert sie sich als eigene Partei, wählt ihre eigenen Vertreter, nicht die der Kapitalisten. Das allgemeine Stimmrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat: aber das genügt auch. An dem Tage, wo das Thermometer des allgemeinen Stimmrechts den Siedepunkt bei den Arbeitern anzeigt, wissen sie sowohl wie die Kapitalisten, woran sie sind“.

(F. Engels, Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW Bd.21, S.168)

in Deutschland ist viel zu komfortabel, und dieser Komfort sorgt dafür, dass es an der erforderlichen Motivation fehlt, das soziale Netz zu verlassen ...“<sup>2</sup>

Freilich mag sich Breuer wie auch andere Kumpane seiner Klasse nicht eindeutig festlegen, wer für den Weg der inneren Kriegsführung (ob sozialpartnerschaftlich-betrügerisch oder mit dem autoritär-faschistischen Holzhammer) am geeignetsten ist.

Aufschlussreich ist allerdings die Benotung der SPD-Grünen-Regierung durch die Kapitalistenklasse.

Ein gutes Zeugnis stellen die Herren des Geldes ihren geschäftsführenden Ausschuss auf drei Politikfeldern aus: In der Familien-, Außen- und Ausländerpolitik.<sup>3</sup>

Und in der Tat: Hier haben Schröder und sein grüner Außenminister Fischer tolle Arbeit geleistet. Keine andere Regierung hätte es in diesem Tempo und ohne größere Widerstände fertig gebracht, dass Deutschlands Armeen weltweit Krieg führen. Nur einmal als die ersten Särge aus Afghanistan am Frankfurter Flughafen eintrafen, war eine leichte Beklemmung feststellbar. Doch gerade in solchen Situationen zeigte sich der Wert sozialgrüner Führung: Sich dem Kapital anzudienen und den Monopolherren zu beweisen, dass es sich lohnt auf sie zu setzen nach innen und nach außen.

Dies wäre alles ganz einfach, wenn da nicht noch eine nicht immer verlässliche Kraft im Spiel wäre, die zugleich das Dilemma der Politik der Sozialdemokratie zum Ausdruck bringt: *„Einerseits darf sie (die Sozialdemokratie), um die Politik der Bourgeoisie zu unterstützen, ihren Einfluss auf die Massen nicht verlieren, und andererseits, um den Einfluss auf die Massen nicht zu verlieren, darf sie nicht offen unter der Flagge der Bourgeoisie auftreten.“* (Ernst Thälmann, Vorsitzender der KPD von 1925 bis 1944)

## Was macht Schröder & Co so wertvoll für das Kapital?

Es ist einzig und allein ihr Einfluss auf die organisierte Arbeiterbewegung.

Während die Grünen ihren Einfluss auf die Friedensbewegung ausnutzend und nutzbringend einsetzten, damit Deutschland sich als Krieg führende Nation einen Platz um die Aufteilung der Weltmärkte zurückeroberte (natürlich im Namen der Humanität und des Friedens), haben die sozi-

aldemokratischen Führer insbesondere ihren Wert bei der Nutzbarmachung ihres Einflusses bei den Gewerkschaften nachzuweisen. Schröder selbst ergreift zurzeit fast täglich die Initiative, um zu demonstrieren: Schaut her ihr Herren des Geldes, ich habe Einfluss auf die organisierten Arbeiter, auf die Gewerkschaften. Wenn ihr den Weg der Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Arbeitern weiter gehen wollt, dann bin ich der Richtige.

Wie sehr sich die SPD um eine solchen Nachweis bemüht, zeigte u.a. der jüngste DGB-Bundes-Kongress, Ende Mai. „Mutig“ forderte Schröder die Gewerkschaften auf, mit ihm zusammen den Sozialstaat zu verteidigen, gegen Stoiber und seinen potentiellen Wirtschaftsminister „Cleverle“, Lothar Späth.<sup>4</sup>

Dass er dabei nur auf Leerformeln und Selbstverständlichkeiten zugreifen konnte und dafür dennoch den Beifall der Delegierten einheimste, ist auch ein Indikator, wie es um die Gewerkschaften bestellt ist, wenn wir sie solchen Führern wie Sommer & Co überlassen. Dass der neue DGB-Chef Sommer in diesem Zusammenhang, sich schon mal optional auf eine Regierung Stoiber vorbereitet und den Kandidaten anflehte, dass er gerne auf der CSU-Klausurtagung Mitte Juli im Kloster Banz teilnehmen möchte, ist nur ein kleines Indiz mit welchem großartigem Kämpfer wir es in den nächsten Jahren an der Spitze unserer Gewerkschaft zu tun haben werden.

## Die zweite Seite der Medaille Schröder:

Aber so sehr sich ein Schröder auch bemüht, es dem Kapital Recht zu machen, in gewisser Weise bleibt er den Kapitalisten suspekt. Solange es Arbeiter gibt, die Druck machen innerhalb der SPD und in den Gewerkschaften und außerhalb davon und unmissverständlich erklären, dass sie nicht bereit sind, jede Politik der Schröder's im Interesse des Monopolkapitals mitzutragen, solange gibt es ein Restrisiko für das Kapital, und die Kapitalistenklasse wird überlegen, ob und inwieweit die Zeit reif ist, doch gleich auf die offen reaktionären Kräfte zurückzugreifen.

## Was macht Stoiber & Co. so wertvoll für das Kapital?

Wenn das Kapital das Auswechseln der Regierung Schröder gegen eine Regierung Stoiber im Herbst 2002 präferiert (so wie es jetzt aussieht, tut sie das), so heißt dies zwar nicht, dass dadurch die Errichtung einer offenen Gewaltherrschaft bevorsteht. Aber es deutet an, welchen Weg, welchen Kurs das Kapital forciert: Es ist der Weg, der massiven imperialistischen Politik nach Innen und Außen, der Weg zur Liquidierung weiterer bürgerlich-parlamentarischer Hürden. Kandidat Stoiber lässt gar keine Zweifel daran, dass er und seine Regierung bereit sind, hierbei die nächste Hürde zu nehmen. Vehement fordert Stoiber z.B. die Änderung des Grundgesetzes um die Bundeswehr allzeit im Inneren einsetzen zu können und dies nicht nur bei Hochwasser an der Oder.<sup>5</sup> Wohlwissend, dass das Volk im Inneren gerüstet und zwangsvereinigt werden muss, um eine aggressive Politik nach Außen nicht nur zu tolerieren, sondern sich widerstandslos führen zu lassen, hat Stoiber seine Mannschaft voll und ganz auf Volksgemeinschaft eingeschworen.



Allein die Präambel des Wahlprogrammes der CDU/CSU weist den Weg. Auf Basis des „christlichen Menschenbildes“ sowie eines aufgeklärten „Patriotismus“ werden dem Bekenntnis zur „Heimat“ und zum „Vaterland“ ein besonderer Stellenwert zugewiesen. Die Forderung Stoibers an die Tschechische Republik die Benes Dekrete aufzuheben, die Forderung Stoibers gegenüber Polen den ostpreußischen Vertriebenen das Recht auf Heimat zu gewähren, sind nicht nur unverhohlene Drohungen gegenüber diesen Staaten.<sup>6</sup> Es ist ein kleiner Vorgeschmack, welche Politik Stoibers sich hinter der Forderung nach Heimat und Vaterland verbirgt.

## Was ist die Konsequenz?

Zweifelsohne hat die Regierung Schröder/Fischer gezeigt, zu was und in welchem Tempo sie bereit ist, den Forderungen des Kapitals nachzukommen. Nicht zuletzt haben sich viele Menschen, viele ehrliche Kollegen wegen dieser Politik von der SPD bzw. den Grünen abgewandt. Und viele stehen vor der Alternative: Entweder gegen diese Regierung zu stimmen oder lieber gleich am Wahltag zu Hause bleiben.

Der eine oder andere meint gar, dass Stoiber eh nur ein Bayern-Problem ist und bleiben wird.

## Ist dies richtig?

Das letzte Argument ist sicher mehr als naiv. Es ist höchst gefährlich und könnte uns schnell teuer zu stehen kommen, im wahrsten Sinne des Wortes. Die Stoiber-Freunde, die Faschisten Berlusconi und Haider, lassen grüßen. Mit Stoiber sammelt sich das ganze reaktionäre Gesockse. Es handelt sich um ein buntes Sammelsurium aus ewig Gestrigen und aus dieser hochnäsigen Spezies der imperialistischen Spaßgesellschaft a la Westerwelle und Antisemiten, wie Möllemann. Was sie eint, ist der Hass gegen den Fortschritt, gegen die Arbeiter, gegen die Gewerkschaften, gegen die Ausländer und gegen die Juden. Dieser buntscheckige Haufen des Bürgertums braucht Führung und soll von Stoiber geeint und organisiert werden - und dies ist wahrlich kein bayrisches Problem, dies sollte jedem demokratischen Menschen klar sein.

Es wird aber auch allen die aus welchen Gründen auch immer, die „Schnauze“ voll haben von den dieser Regierung und den ganzen Parteien nicht viel nützen, wenn sie nicht zur Wahl gehen.

Erstens wird jeder durch die Politik sehr schnell wieder eingeholt, da der Kapitalismus täglich und überall auf uns wirkt und wir somit nur eine Chance haben: Uns entweder zu wehren oder dem Kapital mit Gedeih und Verderb unterworfen zu sein.

Es gibt aber noch einen zweiten wesentlichen Grund an der Septemberwahl teilzunehmen.

Es wird immer einen großen Unterschied ausmachen, ob das Kapital, ob eine Regierung Stoiber sich beim Versuch der weiteren Verschärfung ihrer Politik auf eine parlamentarische Mehrheit stützen kann oder nicht.

Es wird immer ein großer Unterschied bleiben, ob und welche Kampfbedingungen im Parlamentarismus, in der bürgerlichen Demokratie für die Arbeiter, für die fortschrittlichen Teile des Volkes vorherrschen.

Marx hat gesagt, dass der Parlamentarismus von der Reaktion oder von der Revolution abgeschafft wird.



Solange die Arbeiter zu schwach sind und die Bedingungen nicht da sind, um den Parlamentarismus abzuschaffen, solange muss die bürgerliche Demokratie gegen die Reaktion verteidigt werden. Stoiber selbst hat vor kurzem unmissverständlich klar gemacht, als er von einer „Überbewertung“ des Parlaments sprach, was die politische Reaktion letztlich von den parlamentarischen Institutionen hält, und wie sie gedenkt damit in Zukunft umzugehen. Das dürfen wir bei allem Hass, bei aller Enttäuschung über die Politik von Schröder und der sozialdemokratischen und grünen Führung nie vergessen. Verteidigen heißt zugleich eine Atempause zu schaffen für die Verbesserung der eigenen Kampfbedingungen.

## Deshalb: Keine Stimme der CSU/CDU und den Parteien aus dem reaktionären und faschistischen Lager!

## Stoppt Stoiber!

1 „Das Wort Volk ist ein eigentümliches Wort, ist Ihnen das schon aufgefallen? Es hat eine ganz andere Bedeutung nach außen als nach innen. Nach außen, nach den anderen Völkern hin, gehören die Großindustriellen, Junker, höheren Beamten, Generäle, Bischöfe usw. natürlich zum deutschen Volk, zu keinem anderen. Aber nach innen hin, wo es sich also um die Herrschaft handelt, werden Sie diese Herren immer vom Volk reden hören als der Masse oder der kleinen Leute, usw.; sie selber gehören nicht dazu. Das Volk täte besser, auch so zu reden, nämlich, daß die Herren nicht dazu gehören. Dann bekäme das Wort Volksherrschaft einen ganz vernünftigen Sinn, das müssen sie zugeben.“ ( B. Brecht )

2 vgl. Handelsblatt 06.05.02

3 vgl. Wirtschaftswoche 09.05.02

4 Für alle die es nicht wissen oder längst vergessen haben: Lothar Späth, genannt das „Cleverle“, war bis 1991 Ministerpräsident von Baden-Württemberg und musste seinen Hut nehmen, da er sich „clever“ von den Unternehmern aushalten ließ und „clever“ in die eigene Taschen arbeitete. Aber anstatt in den Knast zu wandern, wurde Späth in die einverleibte DDR geschickt und durfte sich dort auf Kosten der Steuerzahler und der Arbeiter bei Jenaoptik austoben. Ergänzt wird das sogenannte Kompetenzteam Stoiber bekanntlich durch Freund Schäuble, einem der ganz Großen aus dem Spendensumpf der Kohl-Riege. Auch dieser Edelmann sitzt nicht etwa hinter Gittern, sondern darf schon wieder von Regierungsposten träumen.

5 vgl. FAZ 17.06.02.

6 vgl. FAZ 24.06.02



# Zur Wahl gehen am 22. September?

Wahlen in der bürgerlich-demokratischen Republik entscheiden darüber, wie es Karl Marx einmal ausdrückte, wer in den kommenden Jahren das Volk im Parlament ver- und zertreten soll. Und nur diejenigen (und das war wohl die überwiegende Hoffnung der sozial-grünen Wählerschaft), die nach 16 Jahren Kohl gemeint hatten, durch ein bloßes Kreuzchen auf dem Wahlzettel schon und endlich eine andere Politik, gar eine Politik für die arbeitende Bevölkerung, zu bewerkstelligen, wurden bitter enttäuscht. Man kann eben Parlamentarier (noch nicht einmal eine Regierung) wählen oder abwählen, den Kapitalismus und die Bourgeoisie nicht. Was **dazu** notwendig ist, ist seit Oktober 1917 kein unlösbares Rätsel mehr. Und wie die **Richtung** der Politik geändert werden kann, ist auch nicht völlig unbekannt: durch Kampf in den Betrieben und auf der Straße; durch Widerstand, Streiks, durch Aktionen gegen die Faschisten, gegen die Kriegstreiber, kurz: gegen Regierung und Kapital. Das ist die eine Sache.

Die andere Sache ist die Wahllogik selbst: Da erwacht dann in regelmäßigen Abständen der Politiker in uns und diejenigen trumpfen auf, die „denen“ mal einen Denkkzettel verpassen wollen. Andere haben endgültig die Schnauze voll und verkünden als politisches Glaubensbekenntnis, dass sie nicht zur Wahl gehen. Die Stammtische rumoren. Der „Volkssouverän“ reckt die Glieder.

Die herrschende Klasse und ihre Politiker juckt das herzlich wenig. Das Einzige was die interessiert, ist die Stimmung im Volk, ob die „Stimmung“ nach Rechts geht oder nach Links - dafür sind Wahlen der übliche Gradmesser für die Bourgeoisie. Linke Stimmung veranlasst die Herrschenden üblicherweise mehr auf die Methode des Betrugs zu setzen, zu Beschwichtigung, Reformversprechen und manchmal sogar zu kleineren Zugeständnissen an das Volk. Und „Links“ ist nach deren Maßstäben - machen wir uns keine Illusionen - keineswegs nur Kommunisten, sondern die PDS, die SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Rechte Stimmung heißt: Das Volk ist empfänglich und weich geklopft und duldet von denen, die für Erwerbslosigkeit, Existenzunsicherheit, Verschlechterung der Lebensbedingungen verantwortlich sind noch größere Angriffe auf die Demokratie („Innere Sicherheit“), noch mehr Spaltung der

Klassensolidarität (gegen Erwerbslose, Ausländer, Junge und Alte, Frauen), noch mehr Nationalismus, noch mehr Rassismus und Krieg.

Mit Stoiber präsentiert das Kapital den Kandidaten, der austesten soll, wie mürbe wir schon sind, wie hoffnungslos, gleichgültig, entpolitisiert; wie dreist sie mit uns umspringen können. Dass sie sich trauen, Stoiber ins Rennen zu schicken, dafür hat die Führung von SPD und Grünen gesorgt, die mit ihrer Paktiererei für Kriegseinsätze, Einschränkung von demokratischen Rechten und Freiheiten, Angriffen auf soziale Errungenschaften und Geschenken an die Reichen und Satten, nicht nur ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt haben. Sie haben die Arbeiterbewegung entwaffnet, sodass wir jetzt schon den Anführer der Reaktion ungestört auf unserem Gewerkschaftstag sprechen lassen. Wahrlich ein hübsches „kleineres Übel“, das dem offenen Reaktionär, dem Freund von Haider und Berlusconi den Weg bereitet.

Mit Stoiber testen die Chefetagen aus, wie weit sie die Schleusen für Faschismus und Krieg aufmachen können. Denn Stoiber steht mit der CSU als „Sammelbewegung zur Rettung des Vaterlandes“, wie Strauß diese Partei einmal bezeichnet hat, für genau diesen Übergang von der bürgerlich-demokratischen zur bürgerlich-faschistischen Republik. Die CSU ist einerseits bürgerliche Partei, und sie ist andererseits Bewegung, die beansprucht, die offen faschistischen Kräfte an sich zu binden (die vielfältigen Beziehungen der CSU zu Figuren bei Reps, NPD, DVU, Schill-Partei usw. über Landsmannschaften, Burschenschaften, edle Spenden etc. setzen wir als bekannt voraus).

Diese Wahl ist eine Richtungswahl. Entweder mit Stoiber - durch demokratische Wahlen legitimiert - weiter munter dem Abgrund entgegen. Oder im Kampf gegen Stoiber und Reaktion die demokratischen und antifaschistischen Kräfte sammeln und damit Voraussetzungen zu schaffen, dass wieder Bewegung in die Politik kommt gegen Rechts, gegen Paktieren, Anbieten und Anpassen. Damit wir uns wieder als Arbeiterbewegung begreifen lernen - für Frieden, demokratische Rechte und Sozialismus.

**Keine Stimme der CSU/CDU und den Parteien aus dem reaktionären und faschistischen Lager!  
Stoppt Stoiber!**

## Stoppt



### Inhalt der Nr. 301:

Zur Bundestagswahl 2002:  
Stoppt Stoiber! ● Die Kriegs-Union ● Der Krieg geht weiter - nicht nur ums Öl ● Zur Gemeinsamkeit der Imperialisten ● Für saubere Ausbeutung? ● Grundsteinlegung für einen Geheimdienststaat ● Sind Soldaten potentiell keine Mörder? ● u.v.m

**Probeabo zu bestellen bei u.a. Adresse**

# K

ISSN 0939-4311

Herausgeber und Verlag:  
Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung, Selbstverlag

Anschrift:  
KAZ-Redaktion  
Reichstraße 8  
90408 Nürnberg  
Tel. 0911 - 356 913  
Fax. 0911 - 356 913  
e-Mail: gruppe KAZ@aol.com

Verantwortl. i.S.d.P.:  
B. Danner  
Reichstraße 8  
90408 Nürnberg

Nachdruck erwünscht,  
Quellenangabe und Belegexemplar  
freuen uns.